

Bericht aus dem Gemeinderat vom 24.10.2016

Beginn: 17:30 Uhr

TOP 1 Offizielle Amtseinführung des ersten Beigeordneten, Herrn Alexander Uhlig

TOP 4 Anfragen aus dem Gemeinderat

Martin Ernst fragte bei Frau Mergen nach, ob es ihr bekannt sei, dass jeweils an den Stadtgrenzen die Städte Bühl und Gernsbach den Bau von Windkraftanlagen planen. Frau Mergen sagte, dass jede Gemeinde ihre eigene Planungshoheit habe und sie weiß, dass beide Städte Vorranggebiete jeweils an der Grenze zu Baden-Baden ausgewiesen haben und man mit Bauanträgen von Investoren auf diesen Vorranggebieten rechnen müsse.

Martin Ernst fragte danach Herrn Bürgermeister Geggus zu dem vom ihm zugesagten Bericht zur Schülerbeförderung zur Stulz-von-Ortenberg-Schule. Er entgegnete, dass er diesen Bericht noch nicht fertigen konnte. Martin Ernst war über diese Antwort ungehalten und setzte nach, dass eine Frist von 4 Wochen wohl ausreichend sein müsse. Herr Geggus sagte dann letztendlich den Bericht für die nächste Sitzung zu.

Martin Ernst fragte bei Herrn Bürgermeister Geggus außerdem nach, ob er weiß, wann der schon vor längerer Zeit angekündigte Schlussbericht der Staatsanwaltschaft bzgl. der PFC-Verschmutzung vorliegt. Herr Geggus sagte, dass diesbezüglich kein Kontakt zur Staatsanwaltschaft bestehe und man einfach deren Bericht abwarten müsse.

Marianne Raven erkundigte sich nach dem Stand Neues Schoss. OB Mergen berichtet von einem Treffen mit der kuwaitischen Eigentümerin Fawzia Al Hassawi, zu dem diese ein großes Team mitgebracht habe. Die Oberbürgermeisterin wertete dies als ein Zeichen des Fortschritts. Die Investorin habe noch einige Hausaufgaben zu erledigen, unter anderem offene Fragen zu der Verteilung der Gesamtinvestition und dem Betrieb durch den amerikanischen Hotelbetreiber Hyatt. Seit dem Kauf im Jahre 2003, immerhin seit 13 Jahren vertröstet die Dame aus dem Morgenland die Organe unserer Stadt.

TOP 6 Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation

Bürgermeister Geggus informierte über die aktuelle Flüchtlingssituation in Baden-Baden. Laut der Sitzungsvorlage leben per heute in Baden-Baden 900 Menschen in den Flüchtlingsunterkünften. In den letzten 5 Monaten erfolgten lediglich 5 neue Zuweisungen über das Regierungspräsidium Karlsruhe. Mittlerweile ist dadurch eine Überkapazität an Gemeinschaftsunterkünften entstanden. Zur Verringerung dieser werden aktuell verschiedene Möglichkeiten geprüft.

Martin Ernst setzt bezüglich der Spitzabrechnung der Stadt gegenüber dem Land Baden-Württemberg für das Jahr 2015 nach. Erst auf mehrmaliges Nachfragen von Martin Ernst und einer Nachfrage des Bürgermeisters bei seinem Kämmerer Thomas Eibl wurde die Summe von 3.2 Mio. € genannt. Eine Erfahrung bezüglich der Bearbeitungsdauer liegt natürlich nicht vor. Die Differenz zu der beantragten Summe bleibt kostenmäßig dann bei der Stadt Baden-Baden hängen.

TOP 7 Maßnahmenvorschläge der Kindergartenbedarfsplanung, um den notwendigen Bedarf an zusätzlichen Plätzen abzudecken

Dieser TOP wurde aufgrund der Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und CDU von der Oberbürgermeisterin gleich zu Beginn der Sitzung abgesetzt und soll kostenmäßig zu einem Neubau in Relation gebracht werden. Immerhin sollte der Umbau der ursprünglich für die Flüchtlingsunterbringung erstellten Container die stolze Summe von 1.2 Mio. € betragen.

TOP 8 Maßnahmenvorschläge der Kindergartenbedarfsplanung, um den Bedarf an zusätzlichen Plätzen im Rebland zu decken

Nachdem die SPD den Antrag auf Vertagung dieses TOP's beantragte, wurde dies mehrheitlich von den übrigen Parteien abgelehnt. Alle Parteien waren der Meinung, dass 1,5 Jahre Beratungszeit ausreichen und die Gemeinderäte in dieser Sache beschlussreif seien.

Daraufhin stellte die Verwaltung den Beschlussvorschlag, dass die alte Schule zur Kindertagesstätte umgebaut werden sollte. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Hier führte Martin Ernst aus, dass Steinbach für den bisherigen vollkommen in die Jahre geratenen Container-Kindergarten ohne Zweifel einen Neubau benötigt. Dass die Stadtverwaltung für die alte Schule eine Nutzung sucht, ist ebenso notwendig, falsch allein ist der Lösungsansatz.

Martin Ernst führte aus, dass man heute einen Kindergartenneubau um 2.500 €/qm bauen kann. Bei unterstellten 600 qm Nutzfläche für einen Kindergarten bedeutet dies Neubaukosten um 1.5 Mio. €. Unterstellt man weiterhin, dass für die alte Schule im jetzigen Zustand ein Käufer 700 bis 800.000 € und für den jetzigen Container-Kindergarten ein Käufer um 400.000 € für den Bauplatz bezahlt, kann die Stadt mit Verkaufserlösen um 1.1 Mio. € rechnen. Somit würde der Neubau die Stadt Baden-Baden mit lediglich 400.000 € belasten.

Dies ist in der Tat ein genialer Lösungsansatz und müsste von der Stadtverwaltung auch dementsprechend verfolgt werden. Aus diesem Grund wird die FBB gegen den Umbau der alten Schule zum Kindergarten und für einen Neubau stimmen.

Abstimmungsergebnis - einstimmig für einen Neubau

TOP 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) "SWR-Medienzentrum"

Hier führt Martin Ernst für die FBB aus, dass der Siegerentwurf der Architekten Wurm+Wurm, Bühl ein genialer Entwurf war und richtigerweise dieser nun 1:1 umgesetzt wird ohne Aufstockung und ohne Erweiterung. Im heutigen Antrag wird lediglich das Baufenster erweitert, so dass in ferner Zukunft der SWR in die Lage versetzt wird, bei weiterem Flächenbedarf neu zu planen.

Abstimmungsergebnis - einstimmig

TOP 10 Kongresshaus, Sanierung

Hier gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

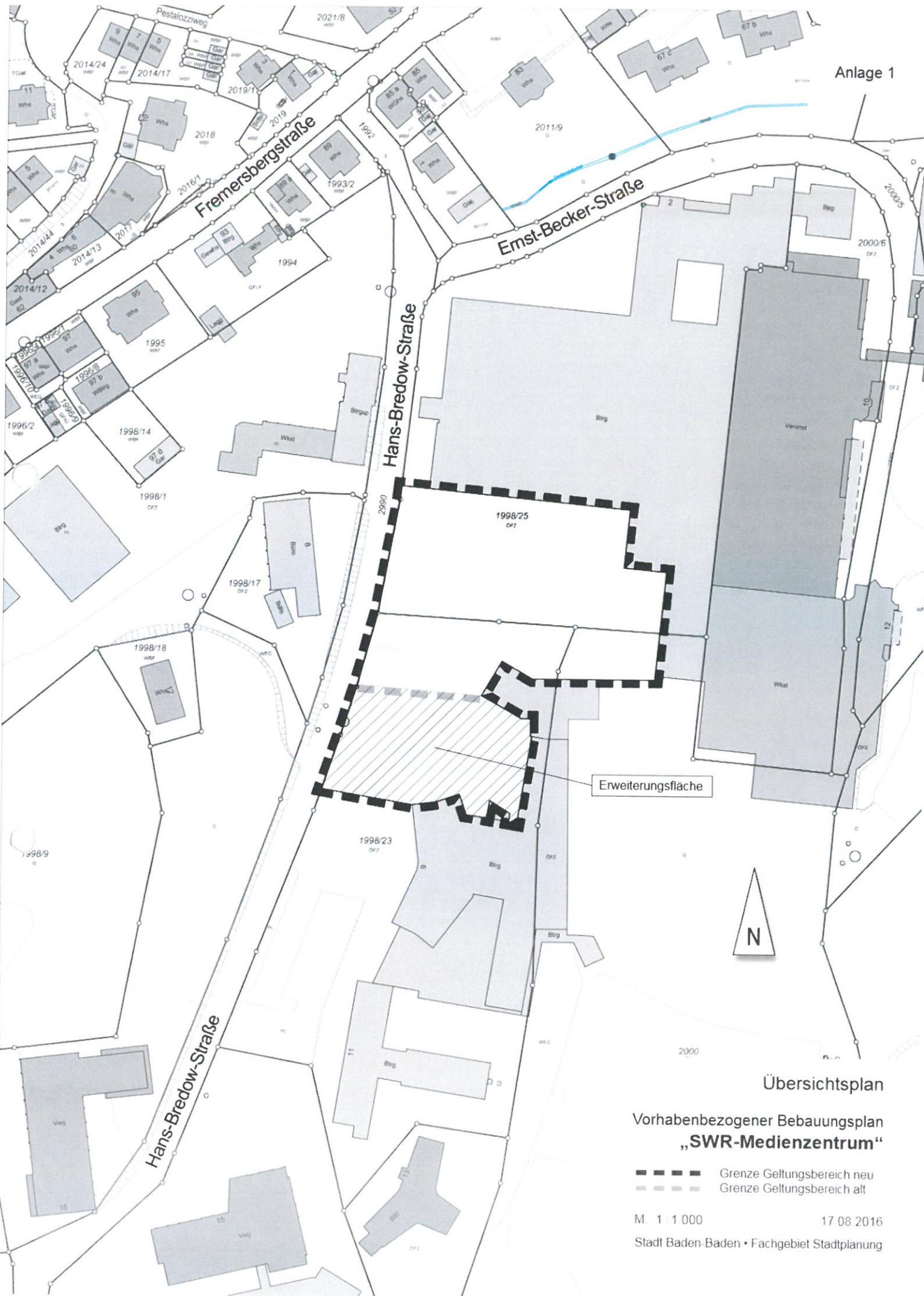
Abstimmungsergebnis - einstimmig

TOP 11 Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Baden-Baden

Hier gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis - einstimmig

Ende: 20:10 Uhr



Übersichtsplan

Vorhabenbezogener Bebauungsplan
„SWR-Medienzentrum“

- Grenze Geltungsbereich neu
- Grenze Geltungsbereich alt

M 1 : 1 000
17.08.2016
Stadt Baden-Baden • Fachgebiet Stadtplanung